Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung erscheint täglich, Vormittags 11 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.



Pränumerations-Preis pro Quartal 1 Thlr. Preuß. Cour.

Expedition: Krautmarkt № 1053.

Im Verlage von Herm. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. G. Effenbart.

No. 249. Sonnabend, den 2. Dezember 1848.

Potsdam, den 30. November.

Ihre Königl. Hoheiten der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin und der Erbgroßherzog von Mecklenburg-Strelitz, sind gestern von Schwerin kommend, hier eingetroffen und heute dahin zurückgereist.

Ihre Majestät die Königin von Sachsen sind heute nach Dresden zurückgereist.

Deutschland.

BF **Stettin.** Nichts gereicht einem Lande mehr zum Nachtheile, als ein häufiger Wechsel der Ministerien, wie wir ihn in Frankreich seit 1830 und dessen Afterbilde, unserm lieben deutschen Vaterlande seit den glorreichen Märztagen erlebt haben. Ohne den Bestand fester Prinzipien, die sich erst nach Jahrzehnten und naturgemäß auch dann nur allmählig ändern dürfen, kann der Staat weder zur Ruhe kommen, noch in Ruhe bleiben. Jedes Ministerium hat seine eigene Individualität und darum auch sein besonderes Prinzip und System; und dies ist um so schlimmer, wenn Beides nur der Spiegel und Wiederschein irgend welcher Kammer-Majorität ist. Folgt nun Schlag auf Schlag ein Ministerium dem andern, wie wir es seit 8 Monaten gehabt haben, so stürzt ein Prinzip das andere und aus dem Regieren wird ein Experimentiren, und zwar ein solches, das nur um den schwankenden Beifall des Parlaments buhlt. Außerdem, daß man die tüchtigsten Männer am Ruder zu sehen wünschen muß, und wenn sie an der Spitze stehen, daß sie bleiben, scheint es durchaus nothwendig, daß auch vor ihrer Erhebung zu Ministern ihre Stellung eine solche ist, daß sie in ihrer neuen Laufbahn möglichst erhaben sind über niedrigen Eigennutz und kleinlichen Ehrgeiz; sie müssen im Ministerwerden nicht sich und das Ihre zu suchen brauchen, wie es erfahrungsmäßig mit den neu emporgekommenen Männern (novi homines) aus der Kammer geschieht; das Amt des Ministers (honos) muß ihnen Alles sein, die daran sich knüpfende Ehre oder wohl gar der damit verbundene äußerliche Gewinn muß bei ihnen gar nicht in Betracht kommen. Es ist darum gut, daß die großen, fürstlichen, gräflichen, überhaupt reichen Häuser des Landes die Minister liefern, die in Uebernahme dieses Amtes mit seiner Bürde und Verantwortlichkeit dem Vaterlande ein Opfer bringen, nicht das Vaterland ihnen ein Opfer mit dem Ministerium durch die höhere Besoldung, Ehre, Macht und Genuß. Man wende das Gesagte vergleichend an auf die letzten Ministerien und das jetzige und man wird einen Grund mehr für die Beibehaltung des gegenwärtigen erkennen. Heiße parlamentarische Kämpfe stehen demselben noch bevor, aber dies sind die nothwendigen Folgen des eingeleiteten Kampfes. Die Ehre, ja die Nothwendigkeit erheischt es, daß die Männer, die Alles gewagt haben zum Heil des Landes, noch eine längere Zeit das Heft in der Hand behalten und den Sieg des Guten vervollständigen. Nichts da von Abhandeln und Nachgeben; einem ehrenhaften Gegner darf man Zugeständnisse machen, aber nicht einem Widersacher, der Thron, Ministerium, Land und Volk in die gränzenloseste Verwirrung stürzen wollte, offenen Aufruhr gepredigt und des Hochverraths sich schuldig gemacht hat. Diesen Männern und ihrem Anhange nachgeben, weichen, kann ein Ministerium Brandenburg nicht. Das Gespenst Reaktion, das bisher alle Schritte der früheren Ministerien lähmte, diese Vogelscheuche der Linken ist in sein Nichts aufgelöst worden, seitdem zu Tage liegt, was die Regierung will und was sie nicht will. Dieser Furcht vor Reaktion, durch welche das Land in Spannung versetzt wurde, braucht die Krone kein Opfer mehr zu bringen. Wer am aufrichtigsten die Freiheit will und begründet, ist offenbar geworden.

Berlin, 28. November. Gestern morgen wurde hier der Versuch gemacht, ein Gegen-Parlament in Mylius Hotel zu konstituiren. Um 11 Uhr waren etwa 80 Deputirte versammelt, die mit militairischem Einschreiten auseinander getrieben wurden. Auch hier ist die Spannung wegen der angekündigten königlichen Botschaft groß. Nicht unwahrscheinlich ist, daß dieselbe Gesetzes-Vorlagen enthält, deren Erlaß nöthig ist, um mit energischen Mitteln die Ruhe und die Achtung vor dem Gesetze im Lande wieder herzustellen. Vielleicht sieht die Regierung durch die Annahme solcher Gesetze ihre Aufgabe für erfüllt an, und vielleicht bahnen solche Gesetze am ersten den Rückweg nach Berlin. Denn nur, wenn der Regierung solche Mittel an die Hand gegeben sind, um dauernd für die Freiheit der Berathungen in Berlin sorgen zu können, kann die Voraussetzung des Frankfurter Beschlusses vom 14. Nov. für erfüllt angesehen werden. — Nach Briefen aus Oberschlesien circuliren daselbst polnisch abgefaßte Proclamationen des Abgeordneten und katholischen Pfarres Schaffraneck, worin er das Volk zur Nichtzahlung der Steuer und zur offenen Widersetzlichkeit gegen die Regierung auffordert. (?) Der ehrenwerthe Abgeordnete scheint die Ansprache seines geistlichen Oberhirten, des Fürst-Bischofs von Breslau, nicht gelesen zu haben, oder sich vom Gehorsam gegen denselben durch seine Würde als Abgeordneter entbunden zu halten. (S. Z.)

— Der ehemalige Polizei-Präsident von Berlin v. Minutoli, welcher jetzt ohne Amt ist, beabsichtigt, im Fall ihm nicht bald von der Regierung ein Wirkungskreis eröffnet wird, mit seiner Familie nach Amerika überzusiedeln.

[] **Berlin**, 30. November. (Abends 7 Uhr.) In Berlin ist die Ruhe nicht gestört worden. Die Berichte aus sämmtlichen Provinzen sind befriedigend, überall kehrt man zur Ruhe zurück.

Berlin, 1. Dezember. Als Polizei-Kommissarien sollen künftig Personen angestellt werden, welche studirt haben, da bei jedem Polizei-Kommissariat künftig Unterrichter fungiren werden, welche die Klagen jener bei vorkommenden Polizei-Vergehen sofort zu entscheiden haben. — Sämmtliche Waffen der Bürgerwehr sind jetzt bis auf 150 Gewehre, 180 bis 200 Büchsen und 300 Säbel abgeliefert worden. — An den General Wrangel circulirt unter der Bürgerschaft eine Dankadresse für die Schonung und Milde bei Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. — Das Kriminalgericht hat die Klage gegen den bereits verhafteten ehemaligen Präsidenten des Lindenklubs, Müller, wegen Theilnahme an der Zerstörung der Schloßgitter angenommen. — Die Kanal-Arbeiter haben eine Adresse an das Staats-Ministerium gerichtet, worin sie erklären, daß sie ruhige und friedliche Leute seien und nur durch Aufwiegler, deren Namen sie bekannt machen und ihre Bestrafung fordern, verführt worden wären. — In vergangener Nacht wurden in zwei verschiedenen öffentlichen Lokalen Demokraten-Klubs aufgehoben, und Wirthe und Kellner verhaftet. — Heute Vormittag wurden aus der Wohnung des Herrn von Unruh, unter den Linden Nr. 62., unter Bedeckung von 600 Mann Soldaten, zwei Droschken voll Papiere weggefahren. Die Schlösser der Thüren wurden erbrochen, da man die Oeffnung verweigerte. (D. R.)

Berlin, 30. November. Der Pr. Staats-Anzeiger veröffentlicht folgendes ihm auf außerordentlichem Wege zugekommenes Programm des neuen österreichischen Ministeriums:

Vortrag des Minister-Präsidenten, gehalten in der Reichstags-Sitzung zu Kremsier den 27. November 1848.

Meine Herren!

Zufolge der Berufung Sr. Majestät ist der konstituirende Reichstag zur Fortsetzung der Berathungen über die Verfassung hier zusammengetreten.

Als das Vertrauen des Kaisers uns in den Rath der Krone berief, verkannten wir nicht die Schwierigkeit der Aufgabe, die Größe der Verantwortlichkeit gegenüber dem Throne, wie dem Volke.

Wunden aus der Vergangenheit sind zu heilen, Verlegenheiten des Augenblicks zu beseitigen, eine neue Ordnung der Dinge in der nächsten Zukunft aufzubauen. Das Bewußtsein eines redlichen Strebens für das Wohl des Staates, des Volkes und für die Freiheit, das Vertrauen auf Ihre Mitwirkung bei dem großen Werke bestimmten uns, persönliche Rücksichten der Liebe für das Vaterland zu opfern und dem Rufe des Monarchen zu folgen.

Wir übernehmen die Handhabung der Regierungsgewalt aus den Händen Sr. Majestät zugleich mit der Verantwortlichkeit, fest entschlossen, jeden unverfassungsmäßigen Einfluß fern zu halten, aber eben so wenig Eingriffe in die vollziehende Gewalt zu gestatten.

Einig in den Grundsätzen, werden die Worte und Handlungen eines Jeden von uns der Ausdruck der Politik des Gesammt-Ministeriums sein.

Wir wollen die konstitutionelle Monarchie aufrichtig und ohne Rückhalt. Wir wollen diese Staatsform, deren Wesen und gesicherten Bestand wir in der gemeinschaftlichen Ausübung der gesetzgebenden Gewalt durch den Monarchen und die Repräsentantenkörper Oesterreichs erkenuen, — wir wollen sie begründet auf der gleichen Berechtigung und unbehinderten Entwickelung aller Nationalitäten, so wie auf der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz, gewährleistet durch Oeffentlichkeit in allen Zweigen des Staatslebens, getragen von der freien Gemeinde und der freien Gestaltung der Ländertheile in allen inneren Angelegenheiten, umschlungen von dem gemeinsamen Bande einer kräftigen Centralgewalt.

Wir hoffen, das Ergebniß Ihrer Berathungen über die Verfassung möglichst bald der Sanktion Sr. Majestät des Kaisers unterlegen zu können.

Das Ministerium wird die Verwaltung nach den Bedürfnissen der Zeit umzuformen bemüht sein und, bis hierfür im Wege der Gesetzgebung bleibende Bestimmungen getroffen sind, die nöthigen Verordnungen erlassen.

Ein zweifaches Ziel wird uns hierbei vorschweben: ungeschmälerte

Erhaltung der den Völkern Oesterreichs zugesicherten Freiheit, Sicherstellung der Bedingungen, ohne welche die Freiheit nicht bestehen kann. Daß diese zur lebendigen Wahrheit, daß ihren Bedingungen Erfüllung werde, dahin gedenken wir mit Ernst und Nachdruck zu wirken.

Das Ministerium will nicht hinter den Bestrebungen nach freisinnigen und volksthümlichen Einrichtungen zurückbleiben, es hält vielmehr für seine Pflicht, sich an die Spitze dieser Bewegung zu stellen.

Die Landbevölkerung, eben erst befreit von den Grundlasten, harrt mit Ungeduld den gesetzlichen Bestimmungen über Maßstab und Art der Entschädigung, so wie den von ihr zu tragenden, nach den Grundsätzen der Billigkeit zu bemessenden Antheil.

Die Grundlage des freien Staates bildet die freie Gemeinde; daß dieser durch ein freisinniges Gemeindegesetz die selbstständige Bestimmung und Verwaltung innerhalb der durch die Rücksicht auf das Gesammtwohl gezogenen Grenzen gesichert werde, ist dringendes Bedürfniß.

Als eine nothwendige und unabweisbare Folgerung der Selbstständigkeit der Gemeinden ergiebt sich die Vereinfachung der Staatsverwaltung und eine dem Bedürfnisse der Zeit entsprechende Regelung der Behörden.

Ueber diese Gegenstände, so wie über Umgestaltung der Rechtspflege im konstitutionellen Geiste, Einrichtung landesfürstlicher Gerichte statt der Patrimonial- und Kommunal-Gerichte und durchgreifende Trennung der Verwaltung von der Justiz, werden Ihnen, meine Herren, die geeigneten Vorlagen gemacht werden. Eben so auch über Hintanhaltung des Mißbrauches der Presse durch Regressiv-Maßregeln über Regelung des Vereinsrechts, auf einer mit den Staatszwecken verträglichen Grundlage, und über die Einrichtung der Nationalgarden. Denn eben weil das Ministerium die Sache der Freiheit zu der seinigen macht, hält es die Wiederherstellung eines gesicherten Rechtszustandes für eine heilige Pflicht.

Das Ministerium verspricht sich das thätige und pflichtgetreue Zusammenwirken aller Behörden. Die Regierungsorgane im Mittelpunkte der Monarchie, so wie in den Provinzen, in der Ausübung ihrer amtlichen Obliegenheiten auf das Nachdrücklichste zu kräftigen, wird seine vorzüglichste Sorge sein.

Beklagenswerthe Ereignisse haben stattgefunden. Die Gewalt der Waffen mußte zur Anwendung kommen gegen eine Fraktion, welche die Haupt- und Residenzstadt in einen Schauplatz anarchischer Wirren verwandelt hatte. Tiefe Wunden sind geschlagen worden. Sie zu lindern und zu heilen, so weit dies möglich, Wien, das Herz des Reichs, seinem früheren Wohlstande zurückzugeben und dafür zu sorgen, daß dem durch das Gebot der Nothwendigkeit herbeigeführten Ausnahmezustand, sobald es die Verhältnisse gestatten, ein Ende gemacht werde, wird unser eifriges Bestreben sein.

In Italien hat unser glorreiches Heer über Treubruch und Verrath gesiegt und die alten Tugenden der österreichischen Armee, die brüderliche Eintracht aller Stämme, die todesmuthige Hingebung für Oesterreichs Ehre, Ruhm und Größe auf das Glänzendste bewährt. Noch muß es dort gerüstet stehen, um die Integrität des Reichs zu wahren.

In der organischen Verbindung mit dem konstitutionellen Oesterreich wird das lombardisch-venetianische Königreich nach Abschluß des Friedens die sicherste Bürgschaft finden für die Wahrung seiner Nationalität. Die verantwortlichen Räthe der Krone werden feststehen auf dem Boden der Verträge. Sie geben sich der Hoffnung hin, daß in nicht ferner Zukunft auch das italienische Volk die Wohlthaten einer Verfassung genießen werde, welche die verschiedenen Stämme in voller Gleichberechtigung umschließeu soll.

Die Verletzung dieses ersten Rechts der Nationen entzündete den Bürgerkrieg in Ungarn. Gegen eine Partei, deren letzes Ziel der Umsturz und die Lossagung von Oesterreich ist, erhoben sich dort die in ihren unveräußerlichen Rechten gekränkten Völker. Nicht der Freiheit gilt der Krieg, sondern denjenigen, die sie der Freiheit berauben wollen. Aufrechthaltung der Gesammt-Monarchie, ein engerer Verband mit uns, Anerkennung und Gewährleistung ihrer Nationalität sind der Gegenstand ihrer Bestrebungen. Das Ministerium wird sie unterstützen mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln. Mit Gewalt der Waffen wird, da leider alle Wege der Versöhnung fruchtlos eingeschlagen worden, die Schreckensherrschaft einer verbrecherischen Partei bekämpft und der innere Friede wieder hergestellt werden.

Meine Herren! Das große Werk, welches uns im Einverstündniß mit den Völkern obliegt, ist die Begründung eines neuen Bandes, das alle Lande und Stämme der Monarchie zu Einem großen Staatskörper vereinigen soll.

Dieser Standpunkt zeigt zugleich den Weg, welchen das Ministerium in der deutschen Frage verfolgen wird. Nicht in dem Zerreißen der Monarchie liegt die Größe, nicht in ihrer Schwächung die Kräftigung Deutschlands. Oesterreichs Fortbestand in staatlicher Einheit ist ein deutsches, wie ein europäisches Bedürfniß. Von dieser Ueberzeugung durchdrungen, sehen wir der natürlichen Entwickelung des noch nicht vollendeten Umgestaltungs-Prozesses entgegen. Erst wenn das verjüngte Oesterreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt sind, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen. Bis dahin wird Oesterreich seine Bundespflichten treulich erfüllen.

In allen äußeren Beziehungen des Reichs werden wir die Interessen und die Würde Oesterreichs zu wahren wissen und keinerlei beirrenden Einfluß von Außen auf die unabhängige Gestaltung unserer inneren Verhältnisse zulassen.

Dies sind die Hauptgrundzüge unserer Politik. Wir haben sie mit unumwundener Offenheit dargelegt, weil ohne Wahrheit kein Vertrauen, und Vertrauen die erste Bedingung eines gedeihlichen Zusammenwirkens zwischen Regierung und Reichstag ist.

Brandenburg, 30. November. Verhandlungen der National-Versammlung. Alterspräsident von Brünneck. Die Sitzung wird um halb 12 Uhr eröffnet. Die Ministerbank ist nicht besetzt. Das Protokoll wird verlesen und nach einigen unerheblichen Bemerkungen angenommen. Durch ein Schreiben des Ministers Ladenberg wird den Abgeordneten katholischer Konfession bekannt gemacht, daß der Hörsaal des Gymnasiums für ihren Gottesdienst in Ermangelung anderer Räumlichkeiten eingerichtet sei. Grabow zeigt an, daß er sein Mandat niedergelegt habe, eben so Rintelen (Meschede) wegen seiner Beförderung im Staatsdienste. Die Neuwahlen werden veranlaßt. Nach Erledigung dieser Formalitäten wird der Namens-Aufruf vorgenommen. Unter den neu Hinzugetretenen befindet sich unter Andern Bornemann, Duncker, Elkemann, Haase, Parrisius. Bevor das Ergebniß des Namensaufrufs verkündet wird, nimmt Bornemann zu einer persönlichen Bemerkung das Wort.

Bornemann: Ich will in meinem und meines Freundes Petersen Namen sprechen, gedenke jedoch nicht, unser Erscheinen mit einem Proteste zu eröffnen, sondern über unsere Stellung nach dem 9. November Aufschluß zu geben. Ich habe am 27. November mein Mandat niederlegen wollen. Gewichtige Stimmen haben mich davon abgehalten und Besprechungen mit den Reichskommissären mir die Ueberzeugung gegeben, daß das Wohl des Vaterlandes in diesem Augenblicke eine beschlußfähige Versammlung nothwendig macht. Persönliche Rücksichten mußten dagegen zurücktreten, und ich bin deshalb heute in diesem Saale mit vollem, ganzem Herzen erschienen.

Wir verkannten nicht, daß sich die Versammlung seit den bekannten Anordnungen des General Wrangel in einer Krisis befand. Seit dem 31. Oktober glaubten wir, die Versammlung zur Besonnenheit zurückführen zu müssen. Die Regierung hat einen anderen Weg eingeschlagen. Die Schritte der forttagenden Mehrheit sind bekannt. Meine Herren! Nachdem die Majorität gewisse Beschlüsse gefaßt hatte, haben wir mit aller moralischen Kraft dahin gewirkt, die Versammlung vor extremen Schritten zu bewahren. Doch in der fieberhaften Aufregung schieden sich die Meinungen schroff, und politische Freunde, die lange zusammengestanden hatten, stehen einander gegenüber. Nichtsdestoweniger verlange ich, daß wir uns gegenseitig als Ehrenmänner anerkennen. (Beifall.) Uns, die wir hier zusammengetreten sind, thut vereinigtes gemeinschaftliches Handeln Noth. Solches kann nur durch Mäßigung erreicht werden. Mäßigung mag uns beseelen nach beiden Seiten. Dazu aber ist nöthig, daß wir einen Schleier über die Vergangenheit ziehen. (Beifall.)

Duncker (ebenfalls persönlich): Auch ich habe Ihnen keinen Protest vorzutragen, sondern nur durch eine Erklärung unseren Standpunkt vor Ihnen offen darzulegen. (Die Erklärung, welche der Abgeordnete hiernächst verliest, ist unterzeichnet von Duncker, Wangenheim, Nethe, Mewes, Elkemann, Kunth u. A. Die Unterzeichner verharren in dem Proteste gegen die Befugniß der Krone, die Versammlung einseitig zu verlegen und zu vertagen, erklären jedoch, daß sie ihren Eintritt in die Versammlung für erforderlich hielten, um das gegenwärtige Ministerium zum Heile des Vaterlandes beseitigen zu helfen.) Er fuhr dann fort: Erlauben Sie mir hinzuzusetzen, daß ich der Hoffnung lebe, daß morgen die Versöhnung in diesem Saale vollendet werden wird.

Parrisius (persönlich): Ich glaube um so mehr das Wort ergreifen zu müssen, als mein Standpunkt von dem der beiden vorigen Redner etwas verschieden ist. Ich bin hierher gekommen, um zur Bildung einer beschlußfähigen Versammlung beizutragen, und ein volks- und freiheitsfeindliches Ministerium zu stürzen. (Große Unruhe, Ordnungsruf!)

Gestatten Sie mir die Bemerkung, daß ich für die Freiheit des Volkes einstehen werde, so lange meine physischen Kräfte mir dies erlauben. Ich hoffe nämlich, daß die Versammlung die Kraft haben werde, das Ministerium Brandenburg zu überwinden und die Freiheiten, welche dem preußischen, dem deutschen Volke gewährleistet sind, dauernd begründen zu helfen.

(Beifall und Zischen.)

Bauer: Ich protestire dagegen, daß man auch hier das Verfahren fortsetze, welches man in Berlin seit 7 Monaten verfolgte, nämlich nur sich allein den Beruf zu vindiziren, die Freiheiten des Volks zu wahren.

(Beifall.)

Parrisius vertheidigt sich gegen diese Auslegung seiner Worte.

Reichensperger erinnert, daß man endlich aufhören möge, die Tribüne zur Darlegung von politischen Glaubens-Bekenntnissen zu mißbrauchen.

Es wird hierauf das Ergebniß des Namensaufrufs verkündet. Derselbe ergiebt: 182 Mitglieder sind im Saale anwesend, 13 durch Krankheit verhindert oder sonst entschuldigt. Es fehlen mithin zur Beschlußfähigkeit nur 7 Mitglieder.

Simons zieht hierauf seinen Antrag, wegen Einberufung der Stellvetrreter bis morgen zurück (Bravo) und die Versammlung vertagt sich bis morgen 11 Uhr. (Schluß der Sitzung halb 1 Uhr.)

— Die „Deutsche Zeitung" schreibt: „Das allmälige Wachsthum der Brandenburger Versammlung erinnert lebhaft an die Pariser von 1789, nur mit dem Unterschiede, daß damals die Opposition den Adel und die Geistlichkeit zu sich herüberzog, während sich jetzt die Rechte aus der Linken „im Namen des Gottes des Friedens" verstärkt. Schwer zu begreifen bleibt es bei alle dem, daß jene Mehrheit vom 9. November, die sich durch ihr Wort verschworen hatte, nicht nach Brandenburg zu gehn, doch theilweise fünf grade sein läßt und übersiedelt. Konsequente Politiker müßten doch ihr Mandat niederlegen und ihre Stellvertreter hingehn lassen. Mit welchem Gefühl können diese Leute jetzt in Brandenburg sitzen? Wie wollen sie die Niederlage, die sie erlitten, bemänteln? Wie wollen sie ihre Anwesenheit rechtfertigen nach ihren Protesten und Beschlüssen? So viel weiß ich: wäre ich Abgeordneter gewesen und hätte mich der Dämon der Leidenschaft meine Pflichten vergessen gemacht bis zur Steuerverweigerung — mit keinem Fuße beträte ich Brandenburg! Wie andere Leute das mit ihrem Gewissen ausmachen, ist schwer zu verstehen; namentlich freut es Alle, daß Bornemann es kann. Was er heute sagte, klang sehr bewegt; er forderte einen Schleier für das Geschehene und gestand damit ein, daß es etwas zu verschleiern gebe. Ein leichtes Wort für eine schwere Sache! Daß doch Einer den Muth hätte, dem ganzen Lande zu sagen: ich habe gefehlt und verzeiht mir's! Alle gehen um den Brei herum und scheuen das einzig wahre Wort. Aber schon Bornemann's Offenheit richt hin, um ihn dem Lande zu erhalten, und das ist ein Glück. Er ist ein Jurist und ein ehrlicher Mann dazu, also doppelt nöthig."

Breslau, 28. November. Aeußerlich betrachtet, giebt es seit 2 Tagen keine ruhigere Stadt, als unser liebes Breslau; keine Volksversammlungen mehr, keine Straßenprügeleien, keine Attroupements, keine Wühler-Scenen mit dem Galgen-Refrain: „Hängt ihn! Hängt ihn!" Desto mehr aber gährt's und kocht's im Innern, desto gewaltiger arbeitet man in den politischen wie in den bürgerlichen Klubs, namentlich ist man in letzteren von gewisser Seite her sehr thätig. Und mit Fug und Recht: es gilt ja die Neuwahl der Bürgerwehrführer, es gilt ja die Auflösung der nicht vom „heiligen Geist der Neuzeit durchsäuerten" Stadtverordneten, es gilt vielleicht in Kurzem Neuwahl der Parlaments-Deputirten. Was würden die Republikaner Süddeutschlands, was würde Hecker in Nord-Amerika, was würde der Breslauer demokratische Klub, was würde die Provinz dazu

sagen, wenn das nicht Alles im ächt demokratischen Sinne ausfiele! Da müssen doch Minen gelegt und gesprengt, da muß doch Tag und Nacht gearbeitet und Propaganda gemacht werden unter den dickköpfigen Philistern! Seht nur unsere Straßenecken an, wie sie von Einladungen an Bürger und Schutzverwandte, an Wahlmänner und Urwähler wimmeln! Sie nur ziehen Aller Blicke auf sich, man beachtet kaum die 500 Thlr. Belohnung, welche die Postbehörde für die Wiederbringung ihres Felleisens aussetzt; man schenkt kaum einen flüchtigen Blick der Ansprache, durch welche die 161 Frankfurter Deputirten das Volk zum treuen Anschluß an die Berliner Nationalversammlung, zur kräftigsten Unterstützung seiner Vertreter auffordern, „die vollständig in ihrem Rechte und denen die Regierung nichts als Bajonnette und Kanonen, — rohe, brutale Gewalt entgegenzusetzen wisse." Noch weniger beachtet man Schwiegerlings allerletzte Ankündigung seiner Puppenvorstellungen ... man hat nur Sinn für die Wähler- und Urwählerversammlungen, für die Bürger- und Schutzverwandten-Zusammenkünfte. Wahrlich, hier muß Großes zu Stande kommen! Wir sind wirklich begierig darauf.

Wie wir hören, sind heute früh um 3 Uhr die bisher auf dem Rathhause lagernden Gewehre unter Eskorte von Bürgerwehr nach dem oberschlesischen Bahnhof gebracht worden. Auch Militair soll deshalb konsignirt gewesen sein. (Schles. Z.)

Düsseldorf, 27. November. Unsere Emigranten, die am 22sten von hier geflüchtet waren, da sie sich nicht mehr sicher hier glaubten, kehren allmälig wieder zurück, da sie einsehen, daß die Thaten der Düsseldorfer Helden nicht ihren Worten entsprechen. — Aber auch nach anderer Richtung hin scheint dieser wichtige Tag des 22. seine Wirkung erstrecken zu wollen; bekanntlich ist kurz vor der Verhaftung Lasalle's die Gräfin Hatzfeld und ihr Sohn aus Furcht, gleiches Schicksal theilen zu müssen, ebenfalls entflohen und sollen dieselben sich in Köln aufhalten. Ebenso bekannt ist es, daß die Gräfin in etwa 16 verschiedene Prozesse verwickelt ist, zu denen ihr jetzt der wichtigste Rathgeber fehlt; einer dieser Prozesse ist mit dem Grafen Hatzfeld über die Alimentations-Frage, und war derselbe in einem Urtheil angewiesen, der Gräfin jährlich 8000 Rthlr. auszuzahlen unter der Bedingung, daß sie ihr Domizil im Landgerichtskreise Düsseldorf nehme. Durch ihre Flucht ist diese Bedingung gebrochen und der Graf Hatzfeld hat auch alsbald gerichtlichen Akt darüber aufnehmen und der Gräfin insinuiren lassen, daß sie fortan durch ihre Abwesenheit auf 5000 Rthlr. verzichtet, sie also nur noch 3000 Rthlr. jährlich von ihm zu erwarten habe; gewiß ein harter Schlag für die Gräfin, die so viele außergewöhnliche Ausgaben zu bestreiten hat. Man ist allgemein der Meinung, daß die von ihr und Lasalle ausgehängte liberale Seite einen ganz andern Zweck gehabt, und im Falle es in Düsseldorf zu Thätlichkeiten gekommen wäre, der Graf auf Schloß Calcum, welches nahe bei Kaiserswerth liegt, vielleicht nicht auch ungestört geblieben wäre.

— Die Ruhe in der Stadt ist vollkommen, das Bivouak auf dem Karlsplatz wurde gestern Abend des Regens halber aufgehoben und heut nicht wieder erneuert, so daß man von dem Belagerungszustand nur noch die Besetzung der Thore sieht und dann das Gefühl der Sicherheit hat, mit welcher man sich wieder bewegen kann. Cantador, Geisenheimer und einige andere Führer des Volkes sind auf morgen früh vor den Instruktions-Richter bestellt, man glaubt, daß eine theilweise Verhaftung derselben darauf erfolgen werde. (D. R.)

Karlsruhe, 28. November. Aus dem Oberlande soll die Nachricht eingegangen sein, daß die Freischärler bei Lörrach einen Einfall ins Badische gemacht hatten, wobei vier Dragoner gebliebeu seien. Das Leib-Infanterie-Regiment soll Befehl erhalten haben, sich marschfertig zu halten.

Frankfurt a. M., 27. November. Als Blum's Stellvertreter befindet sich Dr. Wuttke in Frankfurt, um in die Reichsversammlung einzutreten. Der Abg. v. Trützschler bestreitet dessen Eintritt, weil eine neue Wahl stattzufinden habe. In einer gedruckten Erklärung weist Dr. Wuttke nach, daß gemäß der Sächsischen Verordnung die Behauptung des Abg. v. Trützschler nicht begründet ist, und fügt bei, daß „diejenige politische Partei in Sachsen, welche gleichen Sinns mit Hrn. v. Trützschler ist," eine neue Wahl wünsche, weil sie dieselbe bei der großen Aufregung, welche Blum's Erschießung in seinem Wohnorte hervorgebracht, für ihre Bestrebungen auszubeuten gedenke; gegen ihn gehe die Verleumdung so weit, auszustreuen, er trüge Schuld an Blum's Tode. (D.-P.-A.-Z.)

Bremen, 27. November. Wir sehen uns im Stande, den Angehörigen der, mit dem an der englischen Küste gestrandeten amerikanischen Schiffe Burgundy von hier nach Neworleans abgegangenen 252 Passagieren zu ihrer Beruhigung die bestimmte Mittheilung zu machen, daß sämmtliche Passagiere theils in Ramsgate, theils in Harwich gelandet und untergebracht sind; ferner: daß deren Passagegelder mit 7179 Thlr. und außerdem für ihre Verpflegung 4626 Thlr. in Golde bei hiesigen soliden Assekuranz-Kompagnieen versichert worden sind, um nach Maaßgabe der obrigkeitlichen Verordnung vom 21. Mai 1847 zum Besten der Passagiere verwandt zu werden. Zu diesem Zwecke haben zwei Abgeordnete des hiesigen Schiffsexpedienten, mit den nöthigen Geldmitteln versehen, bereits am 21. November sich nach England begeben, um Alles zu ordnen und zu beaufsichtigen, was die Verpflegung und Weiterschaffung der Passagiere erheischen möchte. (Brem. Bl.)

Kiel, 28. November. Die Dänen beklagen sich, daß Preußen noch nicht die Entschädigung für die Requisition in Jütland bezahlt habe (318,000 Rbthlr.); aber hat Dänemark schon die Entschädigung für den Raub der Handelsschiffe bezahlt? Und wie sollte eine deutsche Macht sich veranlaßt finden, Entschädigungen an Dänemark zu zahlen, so lange dieses in offenem Waffenstillstandsbruch beharrt? (K. C.)

Oesterreich.

Wien, 26. November. Bei dem Verrath, der die slawonische Festung Essek in die Hände der Magyaren spielte, wird besonders der dortige Handelsmann Gorjup, ein Verwandter Bathyany's, als derjenige bezeichnet, der durch ungarisches Geld die italiänische Besatzung zu gewinnen wußte, wie denn überhaupt über das gegenseitige Einverständniß der ungarischen und italiänischen Truppen kaum mehr gezweifelt werden kann. (Hamb. Corresp.)

Wien, 27. November. Gestern und vorgestern haben sich die Truppen des 1sten und 2ten Armee-Corps gegen Ungarn in Bewegung gesetzt. Das dritte oder Reserve-Corps bleibt mit Einschluß der hiesigen Besatzung vor der Hand noch hier, und dürfte eine Stärke von 35—40,000 Mann haben. Dem Militair Oberkommandanten von Linz Grafen von Wrbna ist das Kommando des 2ten Armeecorps übertragen. Morgen wird der Banus Freiherr v. Jellachich, wie es heißt, zur Armee abgehen. Das Hauptquartier des Feldmarschalls Fürsten v. Windischgrätz soll bis zum 9. Dezember in Schönbrunn verbleiben. Wie wir vernehmen, rückt das Operationscorps direkt gegen Pesth; Preßburg will man vorläufig ganz ignoriren; man beabsichtigt, dahin das Hauptquartier zu verlegen. — Der Theuerungszustand steigert sich mit jedem Tage. Die Fleischer haben erklärt, das Pfund Rindfleisch nicht mehr um 12 Kreuzer Conv.-Münze (30 Kr. W. W.) geben zu können, und verlangen vom 1. Dezember an 13½ Kreuzer. Die Getreide-, Mehl- und Schmalzpreise sind bereits so hoch wie im vorigen Jahre, und wird die ungarische Gränze nicht bald geöffnet, so dürfen wir uns auf eine Hungersnoth gefaßt machen. Das Silbergeld verschwindet hier mit jedem Tage mehr. Die Silberzwanziger sind bereits eine Rarität, und das Zerschneiden der kleinen Banknoten ist schon etwas ganz Gewöhnliches. Dagegen sind die Taschen der Croatien mit Schildergeld gefüllt. (Schles. Z.)

— Gestern machten die hiesigen Banquiers und Kaufleute in einer zahlreichen Deputation ihre Aufwartung beim Fürsten Windischgrätz, Jellachich, F.-M.-L. Czollich und Gouverneur Welden, um denselben Dankadressen zu überreichen. Letzterer ließ die Herren etwas unsanft an und bedeutete ihnen, er verkenne nicht den Werth der Dankadressen, ihnen aber sei ein Mittel an die Hand gegeben, um ihre Gesinnungen zu bethätigen, nämlich — wie anderswo geschehen — Mißtrauensvoten gegen mißliebige Repräsenten am Reichstage zu erlassen.

Kremsier, 27. November. In der heutigen zweiten Sitzung des Reichstags brach der Sturm, den die czechischen Abgeordneten längst vorbereitet, los. Nachdem Abg. Paul bemerkt hatte: die stenographischen offiziellen Berichte der vorigen Sitzung führen dieselbe als 52ste auf, betrachten also die in Wien stattgefundenen Sitzungen nach dem Austritte der Minorität als nicht geschehen und dies werde wohl ein Druckfehler sein, versichert der Präsident Smolka: er habe bereits Schritte zur Abstellung dieses Druckfehlers gethan und wollte nun die Protokolle der Wiener Sitzungen vom 28., 29., 30. und 31. Oktober verlesen lassen. Abg. Hellriegel (aus Tirol) erhob sich dagegen, indem diese Sitzungen nach der Kaiserlichen Prorogation v. 22. Okt. gehalten worden, folglich illegal seien. Abg. Rieger begnügte sich nicht damit, sondern erhob sich, um die in Wien verbliebenen Abgeordneten geradezu als Hochverräther anzuklagen. — Abgeordneter Brauner sprach im Sinne des Abg. Rieger und bemerkte durch Verlesung der genannten Protokolle würde man die Revolution des 6. Okt. anerkennen. Dies hatte die Wirkung, daß die Lesung mit 143 gegen 124 Stimmen verweigert wurde. Nach dieser Debatte kündigte der Präsident den Eintritt des neuen Ministeriums an, und Fürst Schwarzenberg las von der Tribune das Programm desselben.

— Zwischen heute und morgen sollen die Hauptangriffe gegen Ungarn erfolgen; nicht weniger als 400 Geschütze, größtentheils vom schwersten Kaliber, rücken gegen dieselben vor.

Schweiz.

Vom Zürchersee, 24. November. Es läßt sich nun als gewiß annehmen, daß die Frage wegen des Sitzes der obersten Bundesbehörden, d. h. des Bundesrathes und der Bundesversammlung, zu Gunsten Berns entschieden werden wird. (D. A. Z.)

Italien.

Rom, 17. November. Ich glaubte Ihnen eine der fürchterlichsten Katastrophen melden zu müssen, da man gestern Nachmittag den Palast des Papstes stürmen wollte und sich zwischen der Scharwache der Schweizer und der Civica ein Kampf entsponnen hatte, der nach der Menge der fallenden Schüsse sehr blutig geworden zu sein schien; es hat sich aber alles in einen großen Volksjubel aufgelös't. Denn als der Barrikadenbau dem päpstlichen Palast gegenüber, genau unter Lambruschini's Fenstern, begonnen hatte und auch eine Kanone (der St. Pietro!) von der Civica aufgefahren wurde, erschien Galletti mit der Jubel-Botschaft, daß der Papst alle Forderungen des Volkes zugestanden habe. Diese enthalten aber nicht weniger als die Befreiung Italiens von der Fremdherrschaft, die Berufung der Constituente italiana nach Rom und die Ausführung des Mamianischen Programms vom 5. Juni, welches die Gränzen Italiens bis zum Brenner und bis zum Quarnero hin ausdehnt. Ferner galt es, ein Ministerium eigener Composition anzunehmen. Da in dasselbe Mamiani nicht bloß, sondern selbst Sterbini eintreten sollte, so mag dies dem armen Papste besonders schwer geworden sein. Als Galetti das erste Mal auf dem Balkon der Hauptwache erschien und erklärte, mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt zu sein, wurde die Menge wild, alle Säbel wurden blank, auch die Pallasche der Carabinieri; man verlangte die sofortige Annahme des Volksministeriums. Als man mit Gewalt in den Palast eindringen wollte, kam es mit den Schweizern zum Konflikt. Sie sollen einige (Manche sagen vier) Freischärler niedergestoßen (wohl nur verwundet) haben. Dafür sollen sie nun aber auch büßen, und der Untergang der weltlichen Macht des Papstes kündigt sich vielleicht durch kein anderes Ereigniß so bezeichnend an, als durch den Abzug dieser mittelalterlichen Trabanten, welche nun die Civica ersetzen soll und schon ersetzt hat. — Nachdem man die Errungenschaften ausgehändigt erhalten hatte, verwandelte sich das Tirailleurfeuer in ein Pelotonfeuer, das der Freude galt. Man zog in Jubel über den Corso, wo sich alle Häuser erleuchteten. — Herzog von Rignano, Massimo, der mit Rossi hatte geschlachtet werden sollen, ist durch die Geistesgegenwart seines Kutschers gerettet worden. Er hat aber selbigen Abends noch vom Volke die Weisung erhalten, sich zurückzuziehen, um nicht gleiches Schicksal zu theilen. Er hat daher das Kommando der Civica und seine Portefeuilles niedergelegt und ist abgereis't. Zucchi ist ebenfalls wieder auf dem Trocknen, und würde vielleicht am besten thun, sich den Oesterreichern auszuliefern. Denn hier verheißt man ihm nichts Gutes. Einige behaupten, er habe nichts Besseres als Rossi zu erwarten. — Das neue Ministerium trägt Galletti's Namen, welcher die Verwaltung des Innern und der Polizei übernimmt. Mamiani, dem man eine Staffette nach Genua gesandt hat, und dessen Abwesenheit die Insurgenten nicht genug beklagen können, ist zum Minister des Auswärtigen ernannt. Rosmini, der als Geistlicher das Präsidium des Staatsraths Ehren halber erhält, und als Minister des öffentlichen Unterrichts figurirt, ist der einzige Vertreter der Interessen der Kirchengewalt. Sterbini ist mit dem Portefeuille des Handels und der öffentlichen Arbeiten betraut worden. Campello, der vorigen Sommer drei Tage lang Kriegsminister war, kehrt an

diesen Posten zurück. Lunati muß sich dazu bequemen, die Finanz-Verwaltung, die er so herzlich satt bekommen hatte, wieder zu übernehmen, und Sereni ist zur Verwaltung der Rechtspflege berufen, wenn er anders sich entschließen kann, wieder hierher zurückzukehren. (Köln. Z.)

— Der französische Gesandte soll sich fortwährend mit größter Energie gegen die neue Ordnung der Dinge erklären. Bei ihm fand Madame Rossi mit ihren Söhnen eine Zuflucht und ein Wagen der Gesandtschaft brachte sie nach Civita vecchia, wo sie sich einschifften. Der jüngere Offizier, nachdem er fast mit Gewalt zur Leiche des Vaters gedrungen, dessen Liebling er stets gewesen, soll den Degen gezogen, und bei dem Blute desselben den Schwur gethan haben, seinen Vater zu rächen, und zwar an dem wahrhaften Urheber des Mordes. Wie weit die Entartung eines Theils des hiesigen Volkes und seine Gleichgültigkeit gegen einen Mord geht, davon giebt ein Beweis der Umstand, daß man am Abende der Schandthat in den Straßen und selbst unter den Fenstern der trostlosen Familie singen hörte: Gesegnet sei die Hand, welche den infamen Rossi ermordete! indem man so einen bekannten Hymnus zu Ehren des Papstes travestirte. Uebrigens war der Minister so vollkommen eines Anfalls gewärtig, daß er ein Panzerhemd trug, welches unglücklicher Weise nicht hoch genug am Halse emporeichte. Der Papst hatte ihm schließlich für diesen Tag eine Begleitung von Karabinieren bewilligt, der Fürst Borghese aber dieselbe verhindert, da er sie für eine Volksbeleidigung erklärte.

Großbritannien.

London, 26. November. Mehrere Journale durchlief dieser Tage das Gerücht von einem bevorstehenden Ministerwechsel. Lord Clarendon ward als Premierminister bezeichnet und man gab ihm Lord Aberdeen, Goulburn, Gladstone und andere Hauptstützen Sir R. Peel's zu Collegen. Für jetzt entbehrt dies Gerücht aller Begründung. Lord J. Russell wünscht zwar keineswegs, noch lange im Amte zu bleiben, und zöge sich gern zurück, wenn er es mit Ehre für sich und seine Partei könnte; aber er ist nicht der Mann, diese Interessen und zugleich jene des Landes persönlichen Rücksichten zu opfern. Daß früher oder später eine Parteischarung zu dem Zwecke Statt finden wird, ein Ministerium Peel wieder ans Ruder zu bringen, ist gar nicht zweifelhaft, aber die Unterhandlungen sind noch nicht weit genug vorgeschritten und die öffentliche Stimmung ist auf einen solchen Wechsel noch nicht hinlänglich vorbereitet. — Das Dampfschiff „Hibernia", welches heute mit um 8 Tage neueren Nachrichten aus New-York zu Liverpool eintraf, hat die zuverlässige Kunde mitgebracht, daß General Taylor, dessen Wahl schon nach den bisherigen unvollständigen Nachrichten als unzweifelhaft gelten durfte, mit großer Majorität zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt worden ist. (Köln. Z.)

— Die englische Marine hat jetzt 420 Schiffe mit 15,026 Kanonen im Dienste: 104 davon sind Dampfschiffe von 36,180 Pferdekraft. Es sind darunter 19 Schiffe erster Klasse von 120 und 100 Kanonen, zusammen 2216 Kanonen, 76 Schiffe zweiter und dritter Klasse von 70—104 Kanonen, zusammen mit 6196 Kanonen, 126 Schiffe vierter, fünfter und sechster Klasse von 18—65 Kanonen, zusammen 3873 Kanonen; 79 Sloops von 8—18 Kanonen, mit 986 Kanonen; 16 Briggs von 3—6 Kanonen, zusammen 78 Kanonen. Die Dampf-Marine besteht aus 22 Schiffen und Fregatten von 12,222 Pferdekraft und 251 Kanonen; 42 Sloops von 13,300 Pferdekraft und 251 Kanonen; 38 Kanonenschiffen von 6748 Pferdekraft und 125 Kanonen; 2 Schraubenschoonern von 120 Pferdekraft und 20 Kanonen und Dampf-Wachtschiffe von 3800 Pferdekraft.

Vermischte Nachrichten.

Der Hamburger Correspondent enthält folgende Antwort an die Unteroffiziere und Soldaten des 7ten schleswig-holsteinischen Linien-Bataillons:

„Sie haben kürzlich in die schleswig-holsteinische Zeitung eine Ansprache an die königlich preußischen Truppen, welche in Schleswig für die Befreiung Ihres Landes gefochten, einrücken lassen, worin Sie dieselben zum Treubruch gegen den König, zum Verrath am Vaterlande auffordern. Die freche Adresse beweis't, daß Sie weder der Freiheit, die wir Ihnen erkämpft, noch des Ehrenkleides würdig sind, das Sie tragen. Warum haben Sie nicht von uns gelernt, daß Tapferkeit, Treue und Gehorsam eng mit einander verbunden sein müssen, wenn ein Heer zu allen Zeiten und überall seine Schuldigkeit thun soll? Gern darf man glauben, daß Sie, nicht ahnend, welchen Schimpf Sie auf sich, auf Ihr Armeekorps und auf Ihr Land brachten, unterschrieben haben, was Ihnen von einigen jener unheilvollen Menschen vorgelegt worden ist, die seit neun Monaten das deutsche Vaterland ins Verderben zu stürzen bemüht sind; allein Ihr Herz hätte Ihnen sagen sollen, daß ein Schwur heilig ist!

Verjagen Sie diese Räudigen aus Ihrer Mitte, und widerrufen Sie das unwürdige Machwerk derselben. So lange Sie dies nicht thun, können wir Sie nicht als Soldaten anerkennen, noch weniger aber Ihnen gestatten, uns mit „Kameraden" und „Ihr" anzureden, denn wir werden eher mit einer disciplinirten Räuberbande leben wollen, als mit einer den Ehrenrock des Soldaten entehrenden, ungehorsamen, treulosen Rebellenhorde.

Berlin, den 28. November 1848.

Ein Soldat, der in Schleswig mitgefochten hat.

— Die Spieler-Gesellschaft in Homburg, zwei Franzosen, Ludwig und Franz Blanc, haben sich wegen ihres Privilegiums, das ihnen vom Landgrafen in Frankfurt im Jahre 1841 auf 30 Jahre bewilligt und nun von Frankfurt her in seiner Existenz angefochten ist, um ein Rechtsgutachten an einige Pariser Advocaten gewendet, unter welchen die HH. Odilon-Barrot, Cremieux, Baroche, Duvergier, Berryer, Sénard, die tugendhaftesten Alt- und Neu-Republikaner sind. Diese Männer des Rechts erkannten, daß, wenn das Deutsche Parlament sich befugt erachten sollte, die Spielhöllen-Concession vor Ablauf des Termins aufzuheben, sie der Gesellschaft Vorausbezahlung einer vollen Entschädigung schuldig ist, die nicht bloß in der Erstattung des in den gegründeten Etablissements angelegten Capitals, sondern auch in einer durchschnittlichen Berechnung des wahrscheinlichen Gewinns für die noch rückständigen Jahre bestehen müßte.

Getreide-Bericht.

Stettin, 1. Dezember.

Für **Weizen** wurde in loco 48½ Thlr. bezahlt.

Roggen, in loco 25½—26½ Thlr. und 28—28½ Thlr. pro Frühjahr bez.

Gerste, 23¾—26½ Thlr. bezahlt.

Hafer, pro Frühjahr 17 Thlr. bez.

Leinöl, auf Lieferung 9⅓ Thlr. bezahlt.

Rüböl, rohes, in loco 11⅙ a 11¼ Thlr. ohne und $11\frac{11}{24}$ a 11½ Thlr. mit Faß bezahlt.

Spiritus, roher, in loco 24¼ % ohne Faß, pro Frühjahr 21⅞ % mit Faß bezahlt.

Zink, schles., auf 4⅓ Thlr. gehalten.

Landmarkt-Preise:

Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Erbsen
46 a 50	24 a 26	22 a 26	14 a 16	36 a 38 Thlr.

Berlin, 1. Dezember.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: **Weizen** nach Qualität 50—55 Thlr.

Roggen, in loco 24½—27 Thlr., schwimmend 25 Thlr. Br., pro Frühjahr 82pfd. 28½ Thlr. Br., 28—28¼ G.

Gerste, große, in loco 24—25 Thlr., kleine 19—22 Thlr.

Hafer, in loco nach Qualität 15—16 Thlr., pr. Frühjahr 48pfd. 1[illegible] Thlr. Br.

Rüböl, in loco 11¾ Thlr. Br. u. bez., pro diesen Monat und Dez.—Jan. 11¾ Thlr. Br., ⅔ G, Jan.—Febr. 11¾ Br. u. bez., Febr.—März, März—April und April—Mai 11¾ Thlr. Br., 11⅔ Thlr. G.

Spiritus, in loco ohne Faß 14¾—15 Thlr. bez., pro Dez.—Januar 15 Thlr. Br., pro Frühjahr 16⅔ Thlr. Br., 16½ bez. u G.

Berliner Börse vom 1. Dezember.

Inländische Fonds, Pfandbrief-, Kommunal-Papiere und Geld-Course.

	Zinsfuss.	Brief	Geld	Gem.		Zinsfuss.	Brief	Geld.	Gem.
St. Schuld-Sch.	3½	—	77	76¾ a	Kur-&Nm. Pfdbr.	3½	90¾	90¼	
Seeh. Präm-Sch.	—	92⅛	91⅝	77½	Schles. do.	3½	—	—	
K. & Nm. Schldv.	3½	—	73¾		do. Lt. B. gar. do.	3½	—	—	
Berl. Stadt-Obl.	3½	73	—		Pr. Bk-Anth-Sch.	—	90½	89½	
Westpr. Pfdbr.	3½	—	83						
Grosh. Posen do.	4	—	95¼		Friedrichsd'or.	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$	
do. do.	3½	79⅜	78⅞		And. Gldm. a 5 thr.	—	$13\frac{1}{12}$	$12\frac{5}{12}$	
Ostpr. Pfandbr.	3½	—	88½		Disconto	—	3½	4½	
Pomm. do.	3½	91	—						

Ausländische Fonds.

Russ Hamb. Cert.	5	—	—		Poln. neue Pfdbr.	4	91	90½
do. b. Hope 3 4. s.	5	—	—		do. Part. 500 Fl.	4	—	69
do. do. 1. Anl.	4	—	—		do. do. 300 Fl.	—	—	96
do. Stiegl. 2 4 A.	4	—	—		Hamb. Feuer-Cas	3½	—	—
do. do. 5 A.	4	83½	83		do. Staats-Pr. Anl	—	—	—
do. v. Rthsch. Lst.	5	—	102½		Holl. 2½ % Int.	2½	—	—
do. Poln. Schatz O.	4	68	67¼		Kurh. Pr. O. 40 th.	—	—	—
do. do. Cert. L. A.	5	80½	79½		Sard. do. 36 Fr.	—	—	—
dgl. L. B. 200 Fl.	—	13¼	—		N. Bad. do. 35 Fl.	—	—	—
Pol. Pfdbr. a. a. C.	4	91¾	91¼					

Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien.	Zinsfuss.	Reinertr. 47	Tages-Cours.	Priorit.-Actien	Zinsfuss.	Tages-Cours
Berl. Anh. Lit. A. B	4	7¾	82½ a bz. u. G.	Berl-Anhalt	4	85½ bz. u. G
do. Hamburg	4	2½	64¼ B.	do. Hamburg	4½	93 bz. u. G
do. Stettin-Stargard	4	6	88¾ bz. u. G.	do. Potsd.-Magd.	4	80½ a 81 bz.
do. Potsd.-Magdebg.	4	4	55½ a 56½ bz.	do. do	5	88½ G.
Magd.-Halberstadt	4	7	110 bz. u. G.	do. Stettiner	5	100 B.
do. Leipziger	4	15	—	Magdb.-Leipziger	4	—
Halle-Thüringer	4	—	50½ bz.	Halle-Thüringer	4½	84 bz. u. G
Cöln-Minden	3½	—	77½ bz.	Cöln-Minden	4½	92 bz. u. G
do. Aachen	4	4	51½ bz.	Rhein. v. Staat gar.	3½	—
Bonn-Cöln	4	—	—	do. 1 Priorität	4	—
Düsseld.-Elberfeld	4	4½	—	do. Stamm-Prior.	4	—
Steele-Vohwinkel	4	—	—	Düsseld.-Elberfeld	4	—
Niederschl. Märkisch.	3½	—	69 bz. u. G.	Niederschl.-Märkisch.	4	85¼ bz.
do. Zweigbahn	4	—	—	do. do	5	95¾ G.
Oberschles. Litr. A.	3½	6	91½ a ¾ bz. u. G	do. III Serie	5	90 G.
do. Litr. B.	3½	6	91½ a ¾ bz. u. G	do. Zweigbahn	4½	—
Cosel-Oderberg	4	—	—	do. do.	5	—
Breslau-Freiburg	4	5	—	Oberschlesische	4	—
Krakau-Oberschles.	4	—	42½ bz.	Cosel-Oderberg	5	95
Bergisch-Märkische	4	—	56 G.	Steele-Vohwinkel	5	—
Stargard-Posen	4	—	68½ bz.	Breslau-Freiburg	4	—
Brieg-Neisse	4	—	—			
Quittungs-Bogen.		Einz.		**Ausl. Stamm-Actien.**		
Berlin-Anhalt Lit. B.	4	90	81 G.	Dresden-Görlitz	4	—
Magdeb.-Wittenberg	4	60	—	Leipzig-Dresden	4	—
Aachen-Mastricht	4	30	—	Chemnitz-Risa	4	—
Thür. Verbind.-Bahn	4	20	—	Sächsisch-Bayerische	4	—
Ausl. Quittgs.-Bogen.				Kiel-Altona	4	87½ B.
Ludw.-Bexbach 24 Fl.	—	—	—	Amsterdam-Rotterdam	4	—
Pesther 20 Fl.	4	90	—	Mecklenburger	4	84 G.
Fried.-Wilh.-Nordb.	4	90	41⅞ a ⅚			

Barometer- und Thermometerstand
bei C. F. Schultz & Comp.

Dezember.	Tag.	Morgens 6 Uhr.	Mittags 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.
Barometer in Pariser Linien auf 0° reduzirt.	1	335,23‴	334,60‴	335,09‴
Thermometer nach Réaumur.	1	+ 3,8°	+ 5,5°	+ 2,8°

Beilage.